

OSTTHÜRINGER Zeitung

Gymnasien in Schleiz und Pößneck bekommen wieder Schulsozialarbeiter

Kreistagsdebatte über schulbezogene Jugendarbeit an den Gymnasien in Pößneck und Schleiz

01. Mai 2019 / 02:45 Uhr



Das Gymnasium Schleiz. Foto: Uwe Lange

Schleiz/Pößneck. Die Gymnasien in Schleiz und Pößneck sollen zum 1. Januar 2020 wieder einen Schulsozialarbeiter erhalten. Gleiches gilt auch für die Schulteile von Schleiz und Pößneck des Staatlichen Berufsschulzentrums Hermsdorf-Schleiz-Pößneck. Darauf haben sich am Montagnachmittag die Mitglieder des Kreistages Saale-Orla verständigt. Es war die letzte turnusgemäße Kreistagssitzung vor den Kommunalwahlen am 26. Mai.

Der Antrag von Andreas Scheffczyk von der UBV-Fraktion erntete zum Anfang der Debatte sachliche Kritik. Regine Kanis (SPD), Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, hob hervor, dass sich ihr Gremium zwei Jahre lang intensiv mit dem Thema der Schulsozialarbeit beschäftigt habe. Und eigentlich sollten an allen Schulen Schulsozialarbeiter in Vollzeit beschäftigt sein. Allerdings biete der Haushalt des Saale-Orla-Kreises nicht die dafür nötigen finanziellen Möglichkeiten. Der Antrag der UBV, wieder eine Schulsozialarbeit an den Gymnasien in Pößneck und Schleiz sowie an der Berufsschule einzuführen, sei löblich, aber zu kurz gefasst. Ein

Finanzierungsvorschlag fehle. Sie werde den Antrag daher nicht unterstützen.

Der Pöbnecker Bürgermeister Michael Modde (im Kreistag CDU) brachte den ersten Kompromissvorschlag ein. So sollte gezielt in Pöbneck wieder eine Schulsozialarbeit am Gymnasium eingerichtet werden. Schließlich zeige der kurz zuvor im Kreistag vorgestellte Familienförderplan des Saale-Orla-Kreises, dass es in Pöbneck die meisten Kinder in Bedarfsgemeinschaften gebe. Wolfgang Kleindienst (UBV) bemerkte daraufhin, dass durch den Antrag die Kuh vom Eis geholt werden müsse. „Wenn wir in Gymnasien Sozialarbeiter benötigen, sehen wir, was in der Gesellschaft schief läuft“, sagte er. Kanis verwies daraufhin auf das Pöbnecker Familienzentrum mit ihren Beratungsangeboten. Und Landrat Thomas Fügmann (CDU) meinte, er wolle auf Unterstützung vom Land Thüringen warten. Die jährlichen Kosten für die Schulsozialarbeiter würden bei rund 400.000 Euro liegen. Außerdem müssten den Schulsozialarbeitern eine Perspektive geboten werden, weshalb die vom Landkreis getragene Schulsozialarbeit schon für drei bis fünf Jahre festgeschrieben werden müsste. Scheffczyk erwiderte, dass in Sachen Schulsozialarbeit nicht gewartet werden könne, sondern nur danach gefragt werden müsse, wie dieses Geld aufzutreiben sei.

Juergen K. Klimpke (SPD) sorgte daraufhin für den ersten Konsens in der Diskussion. Das Problem an dem Antrag sei das Wort „umgehend“. Besser sollte es heißen, die schulbezogene Sozialarbeit sollte mit dem Haushalt 2020 aufgestellt sein. Thomas Hofmann (Linke), zugleich Geschäftsführer der Volkssolidarität Oberland ist, meinte, es gebe 20 Jugendarbeits-Kooperationen mit Schulen. Alf-H. Borchardt (FDP) mahnte an, Freizeit und Schule in Sachen Sozialarbeit nicht in einen Topf zu werfen. Und nachdem sich Anette Feike (SPD) dem Vorschlag Klimpkes anschloss, hakte Scheffczyk bei Hofmann nach: Seien die genannten 20 Kooperationen Nachmittagsangebote für Gruppen außerhalb der Schule? Und wenn ja, wie sollten gerade Schüler ohne Fahrerlaubnis aus den kleinen Orten zu diesen Angeboten in den Städten hin und wieder zurück kommen? Hofmann gab zu, dass bei den erwähnten Kooperationsangeboten eine Einzelfallbetreuung ausgeschlossen sei.

Letztlich formulierte Antragsteller Scheffczyk die Frist für den Beginn der Schulsozialarbeit auf den 1. Januar 2020 um. Der UBV-Antrag kam mit 15 Ja-Stimmen bei 25 Enthaltungen durch.

🔗 Kommentiert: Oliver Nowak über die Diskussion um die Schulsozialarbeit

<ZoRo162654745>

Oliver Nowak / 01.05.19

ZoRo162654484